

AfD-Fraktion Rodgau - Wahlperiode 2016-2021

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,
sehr geehrte Damen und Herren,
sehr verehrte Bürger,

der Haushalt für das kommende Jahr mit rund 109 Millionen Euro steht heute zur Entscheidung an. Wir, die AfD-Fraktion, bedankt sich auch dieses Jahr ausdrücklich für die in der Verwaltung erbrachte Detailarbeit. Immerhin wird auf über 650 Seiten aufgezeigt, wie sich die Ergebnis- und Finanzstruktur Rodgaus im Wirtschaftsjahr 2021 darstellen soll. Die Betonung liegt auf „SOLL“, d.h. so sollte es sein.

Das Ergebnissaldo im Haushalt belief sich im Vorjahr auf rund +1,2 Millionen Euro plus; für 2021 wird angestrebt, ein negatives Ergebnis in Höhe von -6,5 Mio. € nicht zu überschreiten. Auch in der Mittelfristplanung bis einschließlich 2024 ist der Ergebnishaushalt „tiefrot“. Es kommt also noch schlimmer!

Mit Datum 14.12.2020 muss festgestellt werden: dieser Haushalt ist bereits hinfällig, bevor er seine Zustimmung überhaupt erfahren hat.

Positiv zu bewerten ist, dass die Hebesätze der Grund- und Gewerbesteuer unverändert bleiben.

Der Rückgang der Gewerbesteuer wird im Vergleich zum Planansatz des Vorjahres mit rund -5,3 Mio. Euro angesetzt. Der Rückgang der Einkommensteuer von -2,5 Mio. Euro dürfte – aus heutiger Sicht – bereits zu optimistisch geplant sein. Trotz negativem Vorzeichen muss festgestellt werden, dass die Einnahmensituation der Stadt Rodgau immer noch viel zu optimistisch gesehen wird.

Denn für die zutiefst negative Entwicklung ist der staatlich verordnete Stillstand verantwortlich. Die Realwirtschaft wird im Jahre 2021 vielfach daran zerbrechen. Die in 2020 staatlich verordnete Insolvenzverschleppung wird in 2021 mit aller Härte und mit vielfältigen Einzelschicksalen uns alle treffen. Die Stadt Rodgau wird davon nicht außen vor bleiben. Bei einer ganzheitlichen, kritischen Betrachtung muss festgestellt werden: eine Verhältnismäßigkeit der Entscheidungen seit März 2020 war und ist nicht gegeben. Die Quittung wird in 2021 in aller Schärfe zum Vorschein kommen.

Denn sowohl die Gewerbesteuereinnahmen von ansässigen Unternehmen als auch die Anteile Rodgaus an der Einkommensteuer werden weiter massiv einbrechen, so wie wir es schon Anfang diesen Jahres in der Haushaltsrede 2020, als erste Meldungen über die Störung der Wirtschaft und Lieferbeziehungen aufgrund eines Virus in China, bekannt geworden waren, vorausgesagt hatten.

Es steht also jetzt schon fest, dass die Einnahmenseite im Haushalt der Realität in 2021 nicht Stand hält.

AfD-Fraktion Rodgau - Wahlperiode 2016-2021

Trotzdem ist im vorgelegten Haushalt nicht erkennbar, dass dem entsprechend nach dem Vorsichtsprinzip geplant wurde. Das Gegenteil ist der Fall. Es wird davon ausgegangen, dass ein „Weiter so!“ der richtige Weg aus der Krise ist. Ein Wille zum Sparen ist noch nicht einmal im Ansatz erkennbar. Es existieren keine Sofortmaßnahmen, um die Ausgabenseite in Griff zu bekommen. Es werden keine Anliegen um ein Jahr „geschoben“, es existiert keine Ausgaben- disziplin – alles soll so weiterlaufen; trotz Zusammenbrechen der Realwirtschaft.

Grundsätzlich gilt, dass ein Großteil des Haushalts durch Gesetze vorgegeben werden. Umso mehr ist es wichtig, dass die Stadt von sich selbst heraus möglichst Anstrengungen unternimmt, Kostenpositionen zu reduzieren. Im Haushalt ist (leider) nicht erkennbar, wie Rodgau seine Kostenpositionen reduzieren kann. Eine vorausschauende Planung gibt Auskunft über entsprechende Anstrengungen. Im Haushalt 2021 ist Fehlanzeige zu vermelden.

Das Denken in einer vorausschauenden, proaktiven Haushaltssicherung sollte sich im Budget widerspiegeln. Eine Leitlinie zur Haushaltssicherung, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit, wäre sicherzustellen. Unter diesen Prämissen würde die AfD-Fraktion natürlich den Haushalt für 2021 zustimmen wollen. Die AfD-Fraktion betreibt grundsätzlich keine ideologieorientierte Politik, wie es die buntgewürfelte „Kooperation“ seit 2016 vormacht.

Denn die AfD-Fraktion ist die Opposition der Vernunft. Wir stimmen sachgerechten Einwendungen und guten Alternativvorschlägen grundsätzlich zu. Wir bringen unsere konstruktive, vernunftorientierte Oppositionspolitik in unserer Stadt ein.

Die AfD-Fraktion sieht aber leider keine vorausschauende Planung für die Zukunft dieser Stadt in diesem Haushalt 2021. An einem Beispiel soll dieses verdeutlicht werden.

Die Stadt hat vor, bis Ende des Jahres 92 Planstellen aufzubauen. Wir haben beim Magistrat nachgefragt, wie dieses im nächsten Jahr überhaupt realisiert werden kann. Eine Beantwortung wurde erst gar nicht vorgenommen, sondern lediglich der Stellenaufbau wurde nochmals im Einzelfall wiederholt. Ab dem 2.1.2021 müsste also nun in fast an jedem zweiten Tag eine finale Einstellung von Personal stattfinden, um dieses Ziel Personalaufbau zu erreichen. Dieses ist unrealistisch und im Kern Realsatire! Hier hat sich eine Wunschvorstellung verfestigt, die völlig an der Realität vorbei geht.

Die AfD-Fraktion lehnt den Haushalt 2021 aus vorgenannten Gründen ab. Der Haushalt hält den jetzigen wirtschaftlichen Stresstest noch nicht einmal im Ansatz aus. Der ganze Haushalt bildet ein „Wunsch Dir was!“ ab, nicht die harte Realität in 2021.

Vielen Dank!